

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



Anti-Kriegs-Graffiti aus Berlin. Foto: Are You Syrious?

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

UKRAINE

51 Tage Krieg

Wie bereits im Archipel erwähnt, erhalten wir regelmässig Nachrichten aus dem Dorf Nischnje Selischtsche im Westen der Ukraine, wo unser Korrespondent lebt und mit vielen anderen seit Beginn des Krieges für die Rettung und den Empfang von Menschen aus den Kriegsgebieten im Einsatz ist.

Die Gegend ist überfüllt mit Binnenflüchtlingen. Während manche in die zentralen Regionen und nach Kiew zurückkehren, kommen andere aus Charkiw und dem Osten. Nur sehr wenige gehen ins Ausland. Ein Freund, der für eine westeuropäische Hilfsorganisation arbeitet, hat kürzlich in den Nachbarregionen recherchiert und mit vielen Flüchtlingen gesprochen. Wenig überraschend, aber dennoch beunruhigend ist, dass Transkarpatien und die Oblast Lwiw die beiden Regionen sind, in denen sich 80 Prozent der IDPs (internal displaced persons) zumindest vorübergehend niederlassen möchten.

Lokales

Bei uns im Dorf leben jetzt offiziell fast 500 IDPs, nach unterschiedlichen Schätzungen gibt es zusätzlich mehrere Hundert, die nicht registriert sind. In drei Schulen und

einem Dutzend Kindergärten des Gemeindeverbands, zu dem Nischnje Selischtsche gehört, leben rund 650 IDPs. Die Verwaltung hat es übernommen, sie zu ernähren, aber wie immer funktionieren die staatlichen Strukturen schlechter als private Initiativen oder einfach NGOs. Der Staat kürzt das Bildungsbudget einschliesslich der Gehälter, um den Unterhalt der Flüchtlinge zu bezahlen. Natürlich spiegeln die Flüchtlinge in gewisser Weise die ukrainische Gesellschaft mit reichen und armen Menschen wider, abgesehen von den ganz Reichen, die sich irgendwo im Ausland oder in Hotels befinden, und den Ärmsten, die nicht unbedingt die Möglichkeit haben, rechtzeitig zu fliehen. Unsere Freundin Natascha vom CAMZ* in Uschgorod sagt, dass man davon ausgehen kann, dass 20 Prozent dieser Neuankömmlinge auch nach Ende des Konflikts in der Region bleiben werden. Nach unseren sehr subjektiven Eindrücken

scheint dies auch im aktuellen Fall realistisch zu sein. Beispielsweise gibt es Menschen, die 2014 erstmals aus Luhansk oder Donezk fliehen mussten und seit acht Jahren in den Nachbarregionen des besetzten Donbass leben. Sie zB. können sich nicht vorstellen, zurückzukehren - was wird aus ihnen werden?

In unseren Dörfern gibt es noch ein weiteres Phänomen. Schon bald nach Beginn des Krieges sind ganze Familien in die Nachbarländer emigriert. Oft war es der Ehemann, der sich bereits in Tschechien befand, z. B. als Saisonarbeiter, und der die erleichterte Regelung nutzte, um seine Frau und die Kinder nachkommen zu lassen. Wir haben keine Statistik über die Anzahl dieser Ausreisen, vielleicht ein Dutzend oder sogar zwanzig Familien. Es ist noch zu früh, um zu verstehen, auf welche Weise sich diese Lücke mit den Neuankömmlingen füllen wird. Die Immobilien- und Mietpreise sind explodiert. In Chust kostet die Miete für eine schäbige Zweizimmer-Wohnung über 600€. Ein praktisch unbewohnbares Haus im Zentrum unseres Dorfes kostet 25.000\$.

Grundsätzlich sehen wir die Ankunft der Menschen aus dem Osten als eine Chance für Transkarpatien. Es gibt zwei historische Präzedenzfälle aus der jüngeren Vergangenheit: Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kamen viele jüdische Familien aus dem Zarenreich, die vor Pogromen flohen. Diese Juden waren dann recht gut in die Dorfgemeinschaften integriert. In den 1920er Jahren kamen viele Ukrainer_innen, die aus der UdSSR und dem repressiven Polen flohen und die Bevölkerung während der tschechischen

Herrschaft aus dem «Mittelalter» herausholen, sie brachten eine Art Zeitalter der Aufklärung in unsere Region.

Auch die Neuankömmlinge aus dem Donbass wurden nach der Besetzung im Jahr 2014 in den meisten Fällen gut akzeptiert und konnten sich gut integrieren.

Saporischschja und Charkiw

Unser Freund G. kehrte gestern von einer Reise nach Saporischschja zurück. Er war positiv beeindruckt von den kollektiven Anstrengungen dort bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Jeden Tag kommen 5000 bis 6000 Menschen an. Alle werden nach Kräften gut empfangen und versorgt, erhalten Essen und Unterkunft, werden angesprochen und unterstützt. Gleichzeitig erzählt er, dass diese Menschen, die aus den seit Wochen bombardierten Städten kommen, völlig traumatisiert und in sich gekehrt sind. Er erzählte auch von seinen Freunden, die nach Mariupol pendeln, um Hilfe zu bringen und Menschen zu evakuieren - manchmal mit ihren Privatautos. Das ist sehr riskant, es gibt mehr als ein Dutzend russische Kontrollposten auf der Strasse, und der Tod ist allgegenwärtig.

In Saporischschja bereiten die Verwaltung und private Initiativen die Stadt auf eine Belagerung und die Ankunft von noch viel mehr Flüchtlingen vor. Dafür bitten sie uns um noch mehr Fahrzeuge, insbesondere Kleintransporter.

Auch unsere Freunde in Charkiw leisten grossartige Arbeit. Sie verteilen fast 7000 warme Mahlzeiten pro Tag an Bedürftige,

plus weitere Lebensmittel. Es wäre schön, wenn wir sie finanziell unterstützen könnten.

Die letzten Tage waren für sie nicht einfach. Einer ihrer Freiwilligen wurde durch Artilleriebeschuss getötet, eine enge Freundin des Gründers dieser Initiative ist ebenfalls so ums Leben gekommen. Unsere Filmfreunde werden in Kürze dorthin reisen, um eine Videoreportage zu drehen.

Prognosen

Das Landwirtschaftsministerium der Ukraine hat eine Prognose veröffentlicht, der zufolge 70 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in diesem Jahr bebaut werden. Es gibt Initiativen, vor allem aus Kanada, die den Grossbauern in den Weizen- und Sonnenblumenebenen mit Saatgut helfen. Vieles wurde aber bereits vor dem Winter ausgesät.

Unsere Prognosen: Ein baldiges Ende des Krieges scheint unwahrscheinlich. Eine ukrainische Kapitulation noch unwahrscheinlicher, selbst wenn Mariupol fallen sollte und das angekündigte Inferno des Generals Dworkinow eintritt. Jedenfalls gibt es hier in der Ukraine keine Spur von Defätismus, jeder und jede tut seine/ihre Arbeit. In den zerstörten und nun von den Russen verlassenen Gebieten werden bereits grosse Anstrengungen beim Wiederaufbau und bei der Minenräumung unternommen.

Jürgen Kräfner, 15. April 2022

CAMZ: Komitee für medizinische Hilfe in Transkarpatien. Das EBF arbeitet schon seit 15 Jahren, speziell in der Frage des Flüchtlingsempfangs mit dem Komitee zusammen.

zu einem exklusiven, ethnisch begründeten Konzept des Russentums als «russkij» (ethnisch/kulturell russisch) über. Die Aggression Putins im Jahr 2014 und jetzt diejenige von 2022 wurden durch die angestrebte Rückgabe «ursprünglich» russischer Gebiete legitimiert. Darüber hinaus lässt dieses Konzept des (ethnischen) «Russentums» das imperiale Konzept der russischen Nation aus dem 19. Jahrhundert wieder aufleben, das die ukrainische und belarussische Identität auf regionale Identitäten reduziert. Nach dieser Auffassung sind Russ_inn_en, Weissruss_inn_en und Ukrainer_innen ein einziges Volk. Die Verwendung dieses Konzepts in der offiziellen Rhetorik beinhaltet die Negierung der unabhängigen ukrainischen Staatlichkeit. Deshalb können wir nicht mit Sicherheit sagen, dass Putin nur die Anerkennung der russischen Souveränität über die Krim und den Donbass will. Möglicherweise will Putin die gesamte Ukraine annektieren oder unterwerfen, wie er es in seinem Artikel «Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern» und in seiner Rede vom 21. Februar 2022 androhte. Und schliesslich sind die Aussichten auf ein Ergebnis der Friedensgespräche zwischen der Ukraine und Russland düster, da das russische Verhandlungsteam von dem ehemaligen Kulturminister Wladimir Medinski geleitet wird, einem der eifrigsten Verfechter der Ideologie der «russkiy mir» (der ethnisch russischen Welt) – einer Welt, in der, Ihr könnt es uns glauben, niemand glücklich sein wird.

Zweitens: Auch wenn Putins Aggression rational schwer zu erklären ist, haben die aktuellen Ereignisse gezeigt, dass es dennoch vernünftig sein kann, die russische imperialistische Rhetorik für bare Münze zu nehmen. Der russische Imperialismus wird von dem Wunsch angetrieben, die so genannte «Weltordnung» zu verändern. So könnte Putins Forderung nach einem Rückzug der NATO aus Osteuropa darauf hindeuten, dass Russland nicht bei der Ukraine stehen bleiben will, sondern auch Polen, Lettland, Litauen und Estland die nächsten Ziele von Putins Aggression sein könnten. Es ist sehr naiv, die Entmilitarisierung Osteuropas zu fordern, denn angesichts der derzeitigen Umstände würden die osteuropäischen Länder für Putins Aggressionen anfällig gemacht. Der Diskurs über die NATO-Erweiterung verschleiert Putins Wunsch, die Einflussphären in Europa zwischen den USA und Russland aufzuteilen. Die Zugehörigkeit zur russischen Einflussphäre bedeutet die politische Unterordnung eines Landes unter Russland und gleichzeitig die Unterwerfung unter die Expansion des russischen Kapitals. Die Beispiele Georgien und Ukraine zeigen, dass Putin bereit ist, Gewalt anzuwenden, um die politischen Angelegenheiten von Ländern zu beeinflussen, die seiner Meinung nach den



RUSSLAND/UKRAINE

Gemeinsame Erklärung der Linken

Am 7. April 2022 wurde eine gemeinsame Erklärung der russischen und ukrainischen Linken gegen den russischen Imperialismus veröffentlicht. Es handelt sich um eines der wenigen Beispiele, bei denen eine absolute Übereinstimmung der Forderungen zustande gekommen ist. Wir veröffentlichen diesen Text als Diskussionsbeitrag; auch innerhalb des Europäischen BürgerInnenforums gibt es hierzu keine einheitliche Position.

Obwohl die Mehrheit der Linken die russische Invasion in der Ukraine verurteilt hat, fehlt es dem linken Lager noch an Geschlossenheit. Wir möchten uns an diejenigen in der Linken wenden, die immer noch an der Position einer geteilten Schuldzuweisung festhalten, die den Krieg als einen Krieg zwischen zwei Imperialismen betrachten.

Es ist höchste Zeit, dass die Linke aufwacht und eine konkrete Analyse der konkreten Situation vornimmt, anstatt abgenutzte Rahmenkonzepte aus dem Kalten Krieg zu reproduzieren. Den russischen Imperialismus zu übersehen, ist ein schrecklicher Fehler der

Linken. Es ist Putin, nicht die NATO, der den Krieg gegen die Ukraine führt. Deshalb ist es hier wichtig, den Blick auf Putins aggressiven Imperialismus zu lenken, der nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine ideologische und politische Grundlage besitzt.

Der russische Imperialismus

Der russische Imperialismus besteht aus zwei Elementen: Erstens beinhaltet er einen revisionistischen russischen Nationalismus. Nach 2012 gingen Putin und sein Establishment von einem bürgerlichen Konzept der Nation als «rossijskij» (mit Russland verbunden)

russischen Einflussbereich verlassen wollen. Es ist wichtig zu verstehen, dass Putin im Wesentlichen nur die USA und China als wichtigste Akteure in der Weltordnung sieht. Er erkennt die Souveränität anderer Länder nicht an und betrachtet sie als Satelliten eines dieser Akteure der internationalen Ordnung.

Putin und sein Establishment sind sehr zynisch. Sie benutzen die Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO, die amerikanische Intervention in Afghanistan und die Invasion des Irak als Vorwand für die Bombardierung der Ukraine. In diesem Zusammenhang muss die Linke Konsequenz zeigen und sich gegen jede imperialistische Aggression in der Welt aussprechen. Heute ist der imperialistische Aggressor Russland und nicht die NATO, und wenn Russland in der Ukraine nicht gestoppt wird, wird es seine Aggression fortsetzen.

Feind der Demokratie

Ausserdem dürfen wir uns keine Illusionen über Putins Regime machen. Es bietet keine Alternative zum westlichen Kapitalismus. Es ist ein autoritärer, oligarchischer Kapitalismus. Das Ausmass der Ungleichheit in Russland hat in den zwanzig Jahren seiner Herrschaft erheblich zugenommen. Putin ist nicht nur ein Feind der Arbeiterklasse, sondern auch ein Feind aller Formen der Demokratie. Die Beteiligung der Bevölkerung an der Politik und an freiwilligen Vereinigungen wird in Russland mit Misstrauen betrachtet. Putin ist im Wesentlichen ein Antikommunist und ein Feind all dessen, wofür die Linke im Zwanzigsten Jahrhundert gekämpft hat und im Einundzwanzigsten weiter kämpft. In seiner Weltanschauung haben die Starken das Recht, die Schwachen zu schlagen; die Reichen haben das Recht, die Armen auszubeuten, und die Machthaber haben das Recht,

Entscheidungen im Namen ihrer entmachteten Bevölkerung zu treffen. Dieser Weltanschauung muss in der Ukraine ein schwerer Schlag versetzt werden. Damit es zu einem politischen Wandel innerhalb Russlands kommt, muss die russische Armee in der Ukraine besiegt werden.

Wir wollen eine höchst umstrittene Forderung ansprechen, nämlich die nach militärischer Hilfe für die Ukraine. Wir verstehen den Widerstand der Linken gegen die NATO-Erweiterung oder westliche Interventionen. Doch in einem grösseren Kontext betrachtet, haben NATO-Länder, trotz des Embargos von 2014, Waffen an Russland geliefert. Es waren Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich, Bulgarien, die Tschechische Republik, Kroatien, die Slowakei und Spanien. Die Diskussion darüber, ob die in die Region gelieferten Waffen in den richtigen oder falschen Händen landen, kommt deshalb zu spät. Sie befinden sich bereits in den falschen Händen, und die EU-Länder würden mit der Lieferung von Waffen an die Ukraine nur ihr früheres Unrecht wiedergutmachen. Ausserdem erfordern die Sicherheitsgarantien, welche die ukrainische Regierung vorgeschlagen hat, die Beteiligung einer Reihe von Ländern.

Wie in zahlreichen Artikeln betont wird, ist das Asow-Regiment ein Problem. Doch anders als 2014 spielt die extreme Rechte im heutigen Krieg, der zu einem Volkskrieg geworden ist, keine herausragende Rolle mehr – und unsere Genossinnen und Genossen der antiautoritären Linken in der Ukraine, Russland und Belarus kämpfen gemeinsam gegen den Imperialismus. Wie in den letzten Tagen deutlich geworden ist, versucht Russland, sein Versagen am Boden durch Luftangriffe zu kompensieren. Die Luftabwehr wird Asow keine zusätzliche Macht verleihen, aber sie wird der Ukraine helfen, die Kontrolle über

ihr Territorium zu behalten und die Zahl der zivilen Todesopfer zu verringern. Die internationale Linke sollte auch die ukrainischen Linken unterstützen, welche Widerstand leisten, indem sie ihnen Sichtbarkeit und Gehör verschafft und sie finanziell unterstützt. Wir sind davon überzeugt, dass es die Millionen von ukrainischen Arbeiter_inne_n und Freiwilligen in der humanitären Hilfe sind, die den weiteren Widerstand möglich machen.

Eine Reihe anderer Forderungen – Unterstützung für alle Geflüchteten in Europa unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, Erlass der Auslandsschulden der Ukraine, Sanktionen gegen russische Oligarchen usw. – sind in der Linken weithin akzeptiert und werden deshalb hier nicht diskutiert. Der russische Einmarsch in die Ukraine ist ein schrecklicher Präzedenzfall für die Lösung von Konflikten, die das Risiko eines Atomkrieges beinhalten. Deshalb muss die Linke eine eigene Vision der internationalen Beziehungen und der Architektur einer internationalen Sicherheit entwickeln, die eine multilaterale nukleare Abrüstung (für alle Atomkräfte verbindlich) und die Institutionalisierung internationaler wirtschaftlicher Antworten gegen jede imperialistische Aggression in der Welt beinhalten sollte. Die militärische Niederlage Russlands sollte der erste Schritt zur Demokratisierung der globalen Ordnung und zur Bildung eines internationalen Sicherheitssystems sein, und die internationale Linke muss dazu einen Beitrag leisten. Wir sind der Meinung, dass die Europäische Linke unsere Forderungen an ihre Regierungen weiterleiten sollte.

Forderungen der Russischen Sozialistischen Bewegung und der Ukrainischen Sozialen Bewegung*:

- sofortiger Abzug aller russischen Streitkräfte aus der Ukraine
- neue gezielte, persönliche Sanktionen gegen Putin und seine Multimillionäre. (Es ist wichtig zu verstehen, dass Putin und sein Establishment sich nur um ihr eigenes Privatvermögen kümmern; der Zustand der russischen Wirtschaft insgesamt ist ihnen gleichgültig. Die Linke kann diese Forderung auch nutzen, um die Heuchelei derjenigen zu entlarven, die Putins Regime und seine Armee unterstützt haben und sogar jetzt noch Waffen an Russland verkaufen.)
- Sanktionierung von russischem Öl und Gas
- verstärkte militärische Unterstützung für die Ukraine, insbesondere die Bereitstellung von Luftabwehrsystemen
- Einsatz von UN-Friedenstruppen aus Nicht-NATO-Staaten zum Schutz der Zivilbevölkerung, einschliesslich des Schutzes grüner Korridore und des Schutzes von Kernkraftwerken (das Veto Russlands im UN-Sicherheitsrat kann in der Generalversammlung überwunden werden).

*Die Russische Sozialistische Bewegung ist eine politische Organisation, deren Vision eines demokratischen Sozialismus auf Gemeinschaftseigentum, politischer Freiheit und Selbstbestimmung beruht. Die Ukrainische Soziale Bewegung ist eine demokratisch-sozialistische Organisation, die gegen die Herrschaft des Kapitals kämpft und sich für die Gleichberechtigung von Minderheiten einsetzt. Die Bewegung vereint soziale Aktivist_inn_en und Gewerkschaften.



M.Arrow

Kriegs- verweigerer

Anfang April wurde ein Aufruf* zur Unterstützung der Widerständigen in der russischen Armee veröffentlicht. Weil es sie gibt, auch wenn nicht viel über sie geredet wird. Zeugnisse berichten von Gehorsamsverweigerung und Desertion von Soldaten und Wehrpflichtigen, die sich auf einen schmutzigen Krieg einlassen mussten – noch einer mehr.

«Wir, ehemalige Deserteure, Widerständige gegen den Algerienkrieg und andere neuere Kriege, Wehrdienstverweigerer, Zivildienstleistende, Antimilitaristen, solidarisieren uns mit den Widerständigen, Wehrdienstverweigerern und Deserteuren der russischen Armee, die sich weigern, am Krieg in der Ukraine teilzunehmen. Sie müssen im Land ihrer Wahl als politische Flüchtlinge aufgenommen werden!»

Als ehemaliger Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen (1985) habe ich diesen Appell unterschrieben und möchte dabei an den grossen russischen Schriftsteller Leo Tolstoi erinnern. Er hatte seinerzeit Widerstandskämpfer unterstützt, ohne jedoch direkt den Verweigerungsprozess zu fördern. Er kannte die Risiken dieser jungen Männer, die aus Gewissensgründen, im Namen ihrer philosophischen oder religiösen Über-

zeugungen, nicht Komplizen des Mordens sein wollten. In seinen Schriften wird Tolstoi jedoch nie aufhören, mit grösster Heftigkeit alle Mächte anzuprangern, die unter dem Vorwand, sich gegen äussere Feinde zu verteidigen, eine Armee unterhalten, die am häufigsten zur Unterdrückung innerer Rebellionsversuche eingesetzt wird.

So ist für Tolstoi die Wehrpflicht zu einem unverzichtbaren Glied in der Machtkette geworden, die unterdrückt und erdrückt. «Der Militärdienst», schrieb Tolstoi im Jahr 1901, «ist weit davon entfernt, eine edle Funktion zu erfüllen, sondern er dient einer vollkommen niederträchtigen. Seine Mission ist es, Menschen durch die Androhung von Mord oder durch Mord in den ungerechten Bedingungen, in denen sie sich befinden, in Knechtschaft zu halten.»¹ So wurde die Armee am häufigsten im zaristischen Russland aufgefordert einzugreifen, um Kundgebungen aufzulösen, Streiks zu brechen oder gewaltsam Steuern zu erheben.

Tolstoi rebelliert gegen die Unterwerfung der Menschen unter den Staat durch den Militärdienst, weil dies das Opfer von allem bedeutet, was dem Menschen lieb und teuer sein kann. «Die Wehrpflicht», schrieb er, «von allen Völkern widerspruchslos, ohne Auflehnung, ja sogar mit Freude akzeptiert, ist ein schlagender Beweis für die Unmöglichkeit des sozialen Menschen, sich von der Gewalt zu befreien und den bestehenden Staat zu modifizieren.»² Der Staat verlangt eine unfehlbare Disziplin. Und «Disziplin», sagt Tolstoi, «ist die Zerstörung des Geistes und der Freiheit des Menschen; sie kann kein anderes Ziel haben als die Begehung von Verbrechen, die ein Mensch in seinem normalen Zustand niemals begehen würde.»³ Er ist überzeugt, dass der Mann mit dem Anziehen der Militäruniform einen Teil seiner eigenen Menschlichkeit aufgibt. «Der Eintritt in den Militärdienst», schreibt er, «ist die Verneinung jeglicher Religion und Menschenwürde; es ist der freiwillige Eintritt in eine Sklaverei, die kein anderes Ziel als die Ermordung hat.»⁴ Eine militärische Ausbildung zu erhalten, ist gleichbedeutend damit, «jedes menschliche Gewissen» zu verlieren, um «Gewaltwaffe» und «Mordwerkzeug» zu werden. So erscheint ihm

der Militäreid, mit dem der Soldat seinen Vorgesetzten unter allen Umständen Gehorsam schwört, als unwürdig, weil das Gebot der Wahrung seiner Gewissensfreiheit keine Abweichung vertragen kann.

Gegen die Schule des Tötens

Hier sehen wir, dass mehr als hundert Jahre nach dem Tod von Tolstoi die Nachricht vom Krieg in der Ukraine seinen Worten eine beunruhigende Resonanz verleiht. Niemandem gelang es zu seiner Zeit und auch danach besser als ihm, die Unterwerfung von Völkern unter solch eine kriminelle Institution zu verurteilen. Die Massaker an Zivilist_inn_en, die heute von russischen Soldaten verübt werden, geben dem Autor von «Krieg und Frieden» einmal mehr Recht. Uniformierte, gefüttert mit Propaganda und Lügen, begehnen auf Befehl oder aus eigener Initiative unsäglich Verbrechen und machen sich unbeschreiblicher Gräueltaten gegen eine Bevölkerung schuldig, von der sie nichts wissen. Es muss immer und immer wiederholt werden, dass alle Kriege die gleichen Schreckensszenen hervorrufen: Massaker, Misshandlungen, Plünderungen, Vergewaltigungen, Waffenhandel. Egal welche Armeen, egal welche Ursachen, egal welche Länder.

Kriegsverweigerung ist die aus aller Vernunft und nach bestem Gewissen vollzogene Entscheidung, sich nicht an der Kriegsvorbereitung zu beteiligen, insbesondere die Verweigerung des Wehrdienstes, der Schule zum töten Lernen. In Anbetracht unserer Geschichte voller Kriege und Massaker bekräftige ich, dass die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen sicherlich die authentischste Handlung ist, die ein vernünftiger Mann oder eine vernünftige Frau in seinem oder ihrem Leben vollbringen kann, um zu zeigen, dass der Krieg nicht auf ihn oder sie zählen kann, dass der Frieden in Gerechtigkeit und Wahrheit einen echten Kampf darstellt, für den es sich lohnt, Risiken einzugehen.

Heute liegt es an uns, diejenigen aktiv zu unterstützen, die sich der russischen Armee widersetzen. Als würdige Erben von Tolstois Denken bezeugen sie den Vorrang grundlegender menschlicher Werte über alle Staatsräson. Ihre Rolle ist jetzt von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, eine breitere Mobilisierung der russischen Gesellschaft gegen den kriminellen Autokraten Putin in Erwägung zu ziehen. Wir haben aus dem Zusammenbruch totalitärer Systeme gelernt, dass Dissidenten, auch wenn es anfangs nur wenige sind, Auslöser sein können für eine Volks- und Mehrheitsmobilisierung. Tausende russische Bürger_innen sitzen jetzt im Gefängnis, nur weil sie friedlich gegen den Krieg demonstriert haben. Ihr Mut, ebenso wie derjenige der russischen Kriegsverweigerer, ist für uns Verpflichtung. Unsere Unterstützung ist ihnen sicher.

Alain Refalo,

Lehrer und Autor, Colomiers, Frankreich

* Aufruf initiiert von französischen Antimilitaristen, Wehrdienstverweigerern, Pazifist_inn_en, Militärgewerkschaftern, Totalverweigerern und Zivildienstleistenden der französischen Armee: refractairesolidaires@gmail.com

1. Offiziersnotizbuch (1901)
2. Über die Bedeutung der Verweigerung des Militärdienstes (1893)
3. Zeitgenössische Sklaverei (1900)
4. Wo ist der Ausgang? (1900), in: Die Strahlen der Morgenröte



M.Arrow

Das zynische Geschäft mit Leihmüttern

Die Ukraine ist eines der wenigen Länder, in denen kommerzielle Leihmutterchaft erlaubt ist*. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine sind junge schwangere Frauen dazu verdammt, in umkämpften Gebieten auszuharren. Denn wenn sie das Land verliessen und das ihnen eingepflanzte Kind woanders auf die Welt käme, hätten die genetischen Eltern kein Recht mehr auf das Baby.

Wir wissen, dass Frauen im Krieg besonders leiden müssen. An ihnen wird jede Art von Gewalt exerziert, sie werden als handelbare Ware eingesetzt und müssen oft, um ihr Leben und das ihrer Kinder zu retten, ihre Körper verkaufen.

In der Ukraine kommt für hunderte Frauen eine weitere tragische Folge des Krieges dazu. Es geht hier um die sogenannten Leihmütter. Das sind Frauen, die gegen Bezahlung ein Baby austragen, mit dem sie in keiner Weise verbunden, geschweige denn verwandt sind. Schätzungsweise 2000 Kinder werden in der Ukraine jährlich für ausländische Eltern zur Welt gebracht. Die Frauen müssen auf ukrainischem Boden gebären, sonst kann das Kind rechtlich nicht den genetischen ausländischen Eltern gehören. Wenn sie das Kind im Ausland bekommen, werden sie selbst zur Mutter. Davor warnte die grösste ukrainische Reproduktionsklinik BioTexCom nach Kriegsbeginn ihre Kund_inn_en im Ausland in einer Facebook-Botschaft: Eine Geburt ausserhalb der Ukraine habe rechtliche Konsequenzen, weil Leihmutterchaft in den meisten Ländern illegal ist. Die Leihmutter würde als Mutter gelten und der Versuch der Übergabe des Kindes als Kinderhandel. Die Auftragseltern könnten also nicht als Eltern des Kindes anerkannt werden.

Die grösste Fortpflanzungsklinik von BioTexCom befindet sich in Kiew. Das Unternehmen vermittelt Leihmütter an Paare und Einzelpersonen aus der ganzen Welt. Das Adoptionsverfahren nach der Geburt muss in der Ukraine erfolgen, was angesichts der mittlerweile geschlossenen Botschaften praktisch unmöglich geworden ist. Viele der Leihmütter leben auch in anderen Städten wie z.B. Charkiw. Jetzt sind diese Frauen dazu verdammt, im Kriegsgebiet zu bleiben. Viele der Frauen haben selber Kinder und mussten sich von ihnen trennen, da diese mit anderen Familienangehörigen ins Ausland geflüchtet sind.

Kurz vor Kriegsbeginn hatte BioTexCom auf Youtube ein Video veröffentlicht, das an Zynismus kaum zu überbieten ist. Es sollte die Auftragseltern in Deutschland und anderswo beruhigen. In diesem Video ist ein Luftschutzbunker zu sehen, in dem Lebensmitteldosen, Babynahrung, Windeln, Gasmasken, Matratzen und Schlafsäcke gelagert sind. Laut BioTexCom können sich die Frauen sowie die Neugeborenen hier sehr wohl fühlen. «Sollte es zu Kriegshandlungen in Kiew

kommen, können wir unseren Kunden garantieren, dass sie und ihre Kinder bei uns sicher sind.» Der Luftschutzbunker könne 200 Menschen einen komfortablen Aufenthalt gewährleisten.

Psychische und physische Folgen

Was sich jedoch in den Körpern und Seelen dieser jungen Frauen abspielt (die meisten sind zwischen 18 und 30 Jahre alt), das ist der bis dato florierenden Firma mehr als egal. Seit Beginn des Krieges sind die Verantwortlichen nur sehr schwer zu erreichen. Zukünftigen Eltern im Ausland, die sich um «ihre Leihmutter» sorgten, wurde telefonisch mitgeteilt, dass sie davon ablassen sollten, in Kontakt mit derselben zu treten.

Inzwischen wurde Kiew einen Monat lang beschossen. Der Krieg hat die Abscheulichkeit eines Geschäfts entblösst, mit dem Reproduktionsfirmen auf dem Rücken von bedürftigen Frauen Gewinn machen. «Wer sich in den zerbombten Häusern und Spitälern um die medizinische Versorgung dieser jungen Frauen kümmert, fragt niemand», beklagt die Geschäftsführerin des Wiener Bioethik Instituts IMABE, Susanne Kummer. De facto haben die Frauen keinen Anspruch auf Bezahlung oder Entschädigung. Diese erfolgt durch die Agenturen erst, wenn ein gesundes Baby abgeliefert wird, wie es der Vertrag vorsieht.

Im Überblick: In den USA erhalten die Vermittlungsagenturen (Reinertrag) bis zu

60.000 Dollar pro Baby. In der Ukraine sind es «nur» 30.000. Am billigsten ist es, sich in Indien ein Baby austragen zu lassen. Die Leihmütter selber erhalten jeweils nur ca. ein Drittel dieser Summen, das von den Auftragseltern zusätzlich gezahlt wird. Und das auch nur, wenn alles «klappt». Was mit den Frauen passiert, wenn sie ein krankes oder behindertes Kind auf die Welt bringen, oder eine Fehlgeburt haben, welchen psychischen und physischen Belastungen sie ausgesetzt sind, das interessiert bisher kaum jemanden. Carolin Schurr, Leiterin der Abteilung Sozial- und Kulturgeographie an der Universität Bern, prangert den Missbrauch und die Ungleichbehandlung der Leihmütter an: «Die Leihmütter in der Ukraine erhalten in der Regel nur einen Bruchteil des Geldes, welches westliche oder chinesische Kunden bezahlen. Sobald sie das Kind geboren haben, interessiert sich niemand mehr für sie.» Gewiss ist, dass der Stress, der durch solche Kriegssituationen hervorgerufen wird, zu Fehlgeburten führen kann. Ausserdem sind generell Folgeschäden einer Leihmutterchaft keine Seltenheit. Carolin Schnurr: «Das reicht von körperlichen Problemen wie eigener Unfruchtbarkeit bis hin zu Traumata, weil das Neugeborene den Leihmüttern kurz nach der Geburt weggenommen wird.»

Die österreichische Plattform «Stoppt Leihmutterchaft» fordert ein weltweites Verbot: «Leihmutterchaft bedeutet Kinderhandel und in den meisten Fällen Ausbeutung von Frauen in prekären Lebenssituationen und widerspricht somit der UN-Menschenrechts- sowie der Kinderrechtskonvention.» Die schwerwiegenden

Folgen für die von diesem unmenschlichen und brutalen Geschäft betroffenen Frauen und Kinder und letztendlich möglicherweise auch für die Auftragseltern sind schwer abzuschätzen. Jedenfalls gehören solche Firmen, Abszesse eines ultraliberalen Kapitalismus, meiner Ansicht nach kategorisch verboten.

Constanze Warta

*die weiteren Länder: USA, Russland, Georgien; Indien und Südafrika

Quellen: «Leihmütter gefangen im Krieg» (14/04/2022), online-Zeitschrift FrauenSicht, Artikel von Barbara Marti (Redaktorin und Herausgeberin), The Guardian-online 10/04/2022, 20 Minuten, 4/03/2022, Zeit-online (04/2014)

Feministasyllum

Am Mittwoch, dem 18. Mai, wird die Petition Feministasyllum (feministasyllum.org) für die Rechte von Migrantinnen den Europaabgeordneten in Brüssel übergeben.

Eine Pressekonferenz im Parlament in Brüssel mit drei oder vier Zeugenaussagen von betroffenen Frauen wird in Verbindung mit Europaabgeordneten vorbereitet. Danach wird ein öffentliches Treffen stattfinden, bei dem wir unter anderem die Möglichkeit haben, Zeugnisse von vielen betroffenen Frauen zu hören, die entweder persönlich anwesend sind, oder per Video und/oder Zoom zugeschaltet werden. Wesentlich ist es, die Verbindungen zwischen uns zu stärken und gemeinsam zu überlegen, wie wir unsere Arbeit für die Rechte von Migrantinnen weiterführen wollen. Die Petition ist nur ein Schritt auf einem langen Weg!

Wenn es Aktivistinnen und Aktivisten gibt, die am 18. Mai nach Brüssel reisen möchten, um an diesem europäischen feministischen Treffen teilzunehmen: Meldet Euch bitte bei der Vorbereitungsgruppe an: info@feministasyllum.org

Gemeinsam gegen Frontex

Im März trafen wir uns vom Europäischen BürgerInnen Forum (EBF) endlich wieder einmal persönlich. Empfangen wurden wir von unseren Freund·inn·en der Kulturmühle Nikitsch im kroatischsprachigen Teil des Burgenlandes in Ostösterreich. Das erste Mal seit der Pandemie fanden wir uns nicht nur unter uns, sondern auch mit Vertreter·inne·n verschiedener Initiativen wieder, die wir seit 2016 auf der Balkanroute unterstützen.

Es war eine Möglichkeit, die Aktivistinnen, die wir seit unserer ersten Delegation nach Kroatien und Bosnien nur in Aktion getroffen hatten, an einem ruhigen Ort mit Zeit besser kennen zu lernen und die Zusammenarbeit über eine finanzielle Unterstützung hinaus auszubauen. Vor allem in der Arbeit gegen Frontex. Überlagert war das Treffen natürlich von all dem Schrecken und der Unsicherheit durch den Krieg in der Ukraine. Mit etwas Verspätung kamen dann zwei Vertreterinnen aus Transkarpatien im westlichsten Teil der Ukraine zu unserer Zusammenkunft. Sie berichteten über den Empfang im Dorf Nischnje Selichtsche und all die Arbeit, die sie haben, um die geflüchteten Menschen unterzubringen, zu verpflegen und oft auch eine Weiterreise nach Polen oder Rumänien zu organisieren. Auch wenn noch Züge von Kiew nach beispielsweise Uschgorod in Transkarpatien fahren, ist die zweitägige Wartezeit an Bahnhöfen Müttern mit Kleinkindern sowie alten oder behinderten Menschen schwer zumutbar. Mit den vom EBF beschafften Kleinbussen werden Menschen aber nicht nur über die Grenzen gebracht, sondern vor allem aus bedrohten Gebieten evakuiert. Unsere Freundinnen und Freunde vor Ort haben viele Kontakte zu verschiedensten Aktivistinnen in der Zivilgesellschaft und dadurch Informationen, welche Strassen noch frei und befahrbar sind. Auf dem Hinweg in den Osten sind die Kleinbusse vollgeladen mit Hilfsgütern, die an

lokale befreundete Gruppen verteilt werden.

Seit den gross angelegten Aktionen für die Flüchtenden ab 2015 auf der Balkanroute, haben sich manche spontan gegründete Initiativen von damals zu veritablen Hilfsnetzwerken entwickelt. Diese konnten jetzt für die Ukraine relativ einfach wieder aktiviert werden. So reiste zum Beispiel Milan von der österreichischen Initiative «SOS Balkanroute», der jedoch seit einem Jahr in einem Projekt mit Geflüchteten auf Gran Canaria engagiert ist und als Gast zu unserem Treffen eingeladen war, gleich nach unserer Zusammenkunft weiter. Als erprobter Logistiker von «SOS Balkanroute» in Bosnien hat er jetzt die Aufgabe übernommen, Hilfslieferungen aus Deutschland und Österreich für die Ukraine zu koordinieren.

ComPass 071 Sarajevo

Da ist zum Beispiel Ines aus Sarajevo. Vor Jahren arbeitete sie als Freiwillige in Casablanca in einem riesigen Lager für Geflüchtete mit kaum vorstellbar schlechten Lebensbedingungen. Die Kinder von dort trifft sie jetzt, Jahre später, in Sarajevo wieder. Dort engagiert sich die studierte Kunsthistorikerin bei «ComPass 071 Sarajevo». Das ist eine humanitäre Organisation, die Flüchtende auf der Durchreise in Sarajevo mit dem Nötigsten versorgt. Es gibt einen Free-shop für Kleidung und einen Waschsalon, und sie stellen Essenspakete zusammen. Ausserdem gibt es gratis Wifi. Ein Team von Frauen arbeitet

ehrenamtlich. Gerne würden sie manchen Mitarbeiterinnen einen kleinen Lohn bezahlen, aber das Geld muss nun erst einmal für die Miete und die Kernaufgaben reichen. Sarajevo ist eine Stadt voller Studierenden und es gibt viele helfende Hände. Die Millionenstadt dient den Geflüchteten auch als Unterschlupf für den Winter, da die weitere Reise in der Kälte zu gefährlich ist. Ines berichtete auch vom Umzug in das neue grössere Lokal. Dort werden bis zu hundert Menschen am Tag empfangen. Gleich gegenüber liegt ein kleines Hotel. Der Betreiber hat im ersten Pandemie-Winter Geflüchtete empfangen und diese gegen die Polizei verteidigt. Sie sind also in guter Nachbarschaft.

Blindspots

Aus Leipzig kommt die Initiative von «Blindspots». Von arbeitslosen Festivalbauer·inne·n gestartet, ist «Blindspots» seit September 2020 in Velika Kladuša (Grenze Bosnien-Herzegovina/Kroatien) aktiv. Lina, sie arbeitet als Sozialarbeiterin in Berlin, berichtet von den Renovierungsarbeiten in den von Geflüchteten besetzten, leerstehenden Gebäuden. Sie bauen dort Fenster, Türen, Öfen und besorgen Holz zum Heizen und Kochen. So werden die abgewrackten Häuser zumindest rudimentär winterfest gemacht. Dort verteilen die Aktivist·inn·en Wasser und Mahlzeiten und verfassen Zeugenberichte über die illegalen Pushbacks. Sie mieten grosse Container und organisieren so selbst eine Müllabfuhr. Alle ihre Angebote richten sich natürlich auch an die lokale Bevölkerung. Das gilt übrigens für alle hier vorgestellten Initiativen.

Are You Syrious?

Milena stellt die Arbeit von «Are You Syrious?» (AYS) vor. Sie ist Psychologin und arbeitet hauptberuflich als Kulturredakteurin bei der kroatischen Tageszeitung Vecernji List. «Are You Syrious?» ist eine in Kroatien ansässige NGO, die 2015 als selbstorganisierte Bürgerinitiative zur Unterstützung von Geflüchteten begann. Über eine Facebook-Seite suchten sie Unterstützung und fanden auf Anhieb 10.000 Euro. Das kam ihnen sehr viel vor, allerdings war nach zwei Tagen das ganze Geld bereits ausgegeben. Da wurde ihnen klar, dass es eine richtige Struktur und Organisation braucht. Bis zu neun Lagerhallen hatten sie zwischenzeitlich angemietet. Heute sind 200 Freiwillige in verschiedenen Teams entlang der sogenannten Balkanroute organisiert. Von den griechischen Inseln bis nach Frankreich. Sie betreiben einen Free-shop, haben eine mobile Küche, zur Zeit in Thessaloniki, und mobile Duschen, die gerade in Zagreb aufgebaut sind. Dort unterhält «Are You Syrious?» ein Integrationszentrum, wo sie Geflüchteten, die sich in Kroatien aufhalten, Rechtsberatung, Sprachunterricht, Kleidung, Hygieneartikel und andere notwendigen Dinge zur Verfügung stellen. Seit 2015 berichtet «Are You Syrious?» aus zahlreichen Grenzgebieten und Transit-zonen. Sie überwachen systematisch Menschenrechtsverletzungen und haben das «Border Violence Moni-



Foto: Oleksandr Glyadyelov, Ukraine 2022.

toring Network» mitbegründet. Ihr prominentester Fall ist der des tragischen Todes von Medina, einem sechsjährigen Mädchen aus Afghanistan, das kurz nach einem Pushback der ganzen Familie von Kroatien nach Serbien durch einen Zug erfasst worden war. «Are You Syrious?» reichte Klage ein. Doch die Familie von Medina wurde nach einem nächsten Einreiseversuch ein zweites Mal illegalerweise zurückgeschoben und zwar an den genau gleichen Ort, an dem ihre Tochter verstorben war. Schliesslich wurde jedoch, dank der Klage von AYS und dem «Center for Peace Studies» (Zagreb), der Staat Kroatien wegen menschenrechtswidriger Abschiebung vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof verurteilt.* Immer wieder werden die Initiativen für ihre anwaltschaftliche Arbeit schwer kriminalisiert; sie sind mit Todesdrohungen, Gerichtsverfahren, Haftandrohungen, enormen Geldstrafen und sogar dem Versuch des kroatischen Innenministeriums, ihre Arbeit in Kroatien zu verbieten, konfrontiert.

An einem Abend berichteten Milena und Ines von ihren Erinnerungen an den Jugoslawienkrieg, den sie als achtjährige Mädchen erlebt hatten. Sie erzählten uns von den anhaltenden Ressentiments gegen die muslimische Bevölkerung, den verschwiegenen Verbrechen und dem kollektiven Trauma. Viel wird von der Polizeigewalt berichtet, wenig aber über die Unterstützung der bosnischen Bevölkerung für die flüchtenden Menschen. Nirgends auf der Balkanroute sei die Solidarität der lokalen Bevölkerung, die sich noch zu gut an die eigenen Kriegsgeschichten erinnert, so stark wie in Bosnien.

Border Violence Monitoring Network

Alexandra, Juristin aus Rumänien, berichtet über die Rolle von Frontex und wie wichtig Vernetzung und Informationsarbeit seien. Und warum das nicht mehr reiche. Sie arbeitet für das «Border Violence Monitoring Network» (BVMN). Als unabhängiges Netzwerk von NGOs und Verbänden wurde es 2016 gegründet, um vor allem in den Balkanregionen und in Griechenland Menschenrechtsverletzungen an den Aussengrenzen der Europäischen Union zu überwachen und sich dafür einzusetzen, die Gewalt gegen Menschen auf der Flucht zu beenden.

Das BVMN veröffentlicht monatliche Berichte über Pushbacks in Griechenland und entlang der Balkanroute. In jedem Bericht werden Pushbacks in bestimmten geografischen Gebieten, die Eskalation der Gewalt und andere wichtige Themen ausführlich analysiert. Alle Berichte sind frei zugänglich und dienen als Grundlage für die Lobbyarbeit des Netzwerks auf europäischer Ebene. Das BVMN nimmt an Treffen mit europäischen Parlamentarier:innen teil, um die Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen anzuprangern und eine bessere Organisation für Migrant:innen unter vollständiger Wahrung der Menschenrechte zu fördern. Das BVMN ist europaweit anerkannt für seine zuverlässigen Informationen. So fragt zum Beispiel die Schweizer Botschaft jedes Jahr bei BVMN nach, wie die Zustände in Dublin-Ländern seien, in die die Schweiz Menschen abschiebt.

Alexandra erklärt auch, warum Berichte schreiben nicht mehr reiche. Es müssen mehr Rechtsprozesse geführt werden, um die Straflosigkeit der menschenverachtenden Übergriffe der Frontex-Beamten zu unterbinden und eine demokratische Kontrolle von Frontex zu erwirken. Direkte Klagen gegen Frontex sind allerdings nicht zulässig, da sie keine juristische Person darstellt, sondern «nur» eine Agentur ist. Gegen Beamte, die für Frontex im Einsatz sind, ist es zwar möglich zu klagen, aber aus vielen Gründen äusserst schwierig, da

Frontex alles dafür tut, um zu verschleiern, wer wo und wann mit welcher Aufgabe im Einsatz ist. Obendrein haben die geschädigten Migrant:innen oft Angst vor einer Retraumatisierung und selten die Möglichkeit, Prozesse, die sich über Jahre hinziehen können, durchzuhalten. Wir haben beschlossen, einen speziellen Hilfsfonds zur Unterstützung der Gerichtsprozesse für betroffene, geflüchtete Menschen zu schaffen.

Johannes Dahmke

* Siehe Archipel 309 (letzte Seite), Dezember 2021

AUSBEUTUNG IN DER LANDWIRTSCHAFT

Saisonarbeiter:innen wehren sich

Anfang Februar 2022 fand in Südfrankreich ein Treffen von Kollektiven statt, die sich für die Verteidigung der Rechte ausländischer Arbeiter:innen in der europäischen Landwirtschaft einsetzen.

Das südfranzösische Kollektiv Codetras¹ empfing gemeinsam mit dem Europäischen BürgerInnen Forum (EBF) das Kollektiv der «Jornaleras de Huelva en Lucha» (Saisonarbeiterinnen aus Huelva im Aufstand) zu einem viertägigen Treffen im Mas de Granier, der Longo-mai-Kooperative in der Crau bei Arles. Dieses Treffen bot die Gelegenheit, neue Verbindungen zu konkretisieren, die in den letzten Monaten in Andalusien geknüpft worden waren.

Die Provinz Huelva ist das grösste Anbaugelände von Erdbeeren mit 340.000 Tonnen, die 2018-2019 produziert wurden, und einem Umsatz von 554 Millionen Euro in der gleichen Zeitspanne. Der Lohn der Pflückerinnen beträgt nur 42 Euro pro Tag und liegt so unter den nationalen Tarifverträgen. Vor diesem Hintergrund und im Zuge der Proteste und Anzeigen wegen sexueller Gewalt gegenüber Erdbeerpflückerinnen wurde im Jahr 2018 das Kollektiv «Jornaleras de Huelva en Lucha» gegründet. Najat Bassit und Ana Pinto, die beiden Mitbegründerinnen des Kollektivs, hatten selbst 15 Jahre lang auf den Erdbeerplantagen in der Region gearbeitet. Sie stehen wegen ihres politischen Engagements gegen die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft auf der schwarzen Liste der Unternehmen und sind die beiden sichtbaren Personen des Kollektivs. Sie kooperieren jedoch mit einem ganzen Netzwerk von Frauen, die noch in den Betrieben arbeiten und oftmals nur in «chabolas», diesen selbstgebastelten Hütten aus Plastikmüll, Unterschlupf gefunden haben. Sie arbeiten auch mit einer Genossenschaft von Anwältinnen in Madrid zusammen. Durch eine Crowd-Funding-Kampagne haben sie 30.000 Euro gesammelt, mit denen sie zwei Gehälter für die Arbeit des Kollektivs bis September nächsten Jahres finanzieren können. Vor kur-

zem haben sie zusammen mit Kollektiven von Hausangestellten in Spanien (darunter «Las Kellys») und Sexarbeiterinnen aus Sevilla eine Gewerkschaft gegründet: die SOA (Sindical Obrera Andaluza). Auf diese Art und Weise wollen sie die Kämpfe für eine feministische und antirassistische Gewerkschaftsbewegung in Spanien, aber auch über die nationalen Grenzen hinaus, zusammenführen.

Nazaret Carlo, eine freie Journalistin, gehörte ebenfalls zu der Delegation, die in Südfrankreich empfangen wurde. Sie arbeitet seit mehreren Jahren zu Fragen des Feminismus und des Syndikalismus und begleitet das Kollektiv bei der Anprangerung von den Praktiken der Agrarunternehmen. Ausserdem ist sie Teil der «Laboratoria»², eines feministischen Forschungskollektivs in Madrid, das Verbindungen zu anderen feministischen Organisationen und Kollektiven auf der ganzen Welt knüpft. Vom 16. bis 20. Februar diesen Jahres organisierten sie in Madrid eine «Escuelita sindical», eine kleine Gewerkschaftsschulung mit feministischen Gewerkschafterinnen und Sexarbeiterinnen, landwirtschaftlichen Saisonarbeiterinnen und Hausangestellten aus Spanien, Ecuador, Argentinien und Frankreich, an der auch Codetras vertreten war.

Sofortige Regularisierung!

Doch zurück zur Zusammenkunft in Südfrankreich. Hier waren neben den Gästen aus Spanien auch drei Mitglieder des italienischen Kollektivs «Campagne in Lotta» (Aufstand auf dem Land) präsent. Das Kollektiv wurde in der süditalienischen Region Apulien gegründet und besteht aus solidarischen Italiener:innen, denen sich ausländische Arbeiter:innen, viele aus Westafrika, angeschlossen haben, die auf den Tomatenfeldern arbeiten.

Ohne Papiere werden die Arbeiter-innen doppelt ausgebeutet und im Akkord bezahlt: 3,5 Euro pro Tomatenkiste, d. h. 10 Stunden Arbeit pro Tag für 35 Euro. Mahamadou, einer der Sprecher des Kollektivs, sprach davon, dass ausländische Landarbeiter-innen in Süditalien als Sans Papiers völlig rechtlos sind: «Wir werden einfach auf das Land verfrachtet und von dort aus versuchen wir, wieder wegzukommen, Arbeit zu finden, um zu überleben. Von dem Moment an, dass wir blockiert waren und uns alles genommen wurde, haben wir uns solidarisiert und sind dem Kollektiv beigetreten, um gemeinsam unsere Freiheit zu erzwingen.»

Um die sofortige Regularisierung aller Menschen ohne Papiere zu fordern, gelang dem Kollektiv Ende 2019 eine erfolgreiche Blockade des Hafens von Foggia, einem der grössten Häfen Süditaliens. Es hagelte Gerichtsverfahren, hohe Geldstrafen, exorbitante Gerichtskosten und Aufenthaltsverbote in den Provinzen, wie dies angesichts der Repressionspolitik der italienischen Behörden in den letzten Jahren üblich ist. Doch ein wichtiges Signal war gesetzt worden.

Hélène Servel
Journalistin bei MarsActu

1. Codetras: Collectif de défense des travailleurs.euse.s étranger.ère.s dans l'agriculture des Bouches-du-Rhône, www.codetras.org
2. www.laboratoria.red

beteiligt haben, darunter auch die unseres internationalen Netzwerks «Gerechtigkeit für Sankara – Gerechtigkeit für Afrika!», das seit 2008 unermüdlich agiert, gewarnt und informiert hat. Die fast sechs Monate Prozessdauer in einem Land, das von Krieg gezeichnet ist, waren eine grosse Herausforderung. (...)

Kampf um Gerechtigkeit

Wir bedauern nur, dass Blaise Compaoré und Hyacinthe Kafando, die Anführer des Kommandos, nicht anwesend waren und fordern, dass die Elfenbeinküste ihre Auslieferung veranlasst. Sie haben sich für die Flucht entschieden, anstatt zu kommen, um sich zu erklären und zu verteidigen. Leider zeigte die Kehrtwende einiger Zeugen gegenüber dem, was sie bei ihren Vernehmungen ausgesagt hatten, dass die Angst noch nicht verschwunden ist. Im Wesentlichen haben die Ermittlungen und der Prozess jedoch dazu beigetragen, die Fäden des Komplotts zu entwirren, zumindest was den nationalen Teil betrifft. Es steht fest, dass das Kommando am 15. Oktober 1987 vom Haus von Blaise Compaoré ausging. Präsident Thomas Sankara und seine Mitarbeiter wurden ohne Vorwarnung ermordet, ebenso wie die Wachen und Gendarmen, die an diesem Tag vor Ort waren. Leutnant Koama, ein enger Vertrauter von Thomas Sankara, der am ehesten in der Lage gewesen wäre, zu seiner Verteidigung einzugreifen, war zuvor ermordet worden. General Gilbert Diendéré war vor Ort und gab Befehle an bestimmte Gruppen vom Militär, um die Stadt zu sichern und die Kontrolle über die Garnisonen zu übernehmen, die zu Gunsten von Sankara hätten reagieren können.

Doch unser Kampf ist noch nicht beendet. Der französische Staat hat seine geheimen Dokumente immer noch nicht herausgegeben. Wir werden weiterhin Druck ausüben, damit das Versprechen, welches der französische Präsident Macron im November 2017 in Ouagadougou gegeben hat, eingehalten wird. Wir rufen alle gerechtigkeitsliebenden demokratischen Kräfte in Frankreich, den USA, der Elfenbeinküste, Togo, Libyen, Liberia und Sierra Leone auf, bei ihren jeweiligen Regierungen zu intervenieren, damit diese aufrichtig mit der burkinischen Justiz zusammenarbeiten. Der Fall «Sankara und seine Gefährten» ist noch nicht abgeschlossen. Die Ermittlungen im internationalen Teil müssen fortgesetzt werden. Unser Netzwerk bleibt mobilisiert. Der Kampf um die Wahrheit geht weiter.

Geschrieben in Ouagadougou, Banfora, Bobo Dioulasso, Ottawa, Nîmes, Niamey, Montpellier, Berlin, Dakar, Sabadel, Barcelona, Marseille, Ajaccio, Toulouse, Las Palmas, Turin, Rom, Toronto, Albany, New York zwischen dem 6. und dem 8. April 2022.

Das internationale Netzwerk «Gerechtigkeit für Sankara – Gerechtigkeit für Afrika!»

*www.thomassankara.net

BURKINA FASO

Ein Erfolg für die Wahrheit

Thomas Sankara, Präsident von Burkina Faso, der eine Politik der eigenständigen Entwicklung von Afrika, des Kampfes gegen die Korruption und der Befreiung der Frauen realisierte, wurde am 15. Oktober 1987 bei einem Staatsstreich erschossen. Der Prozess gegen die Verantwortlichen seiner Ermordung wurde im Oktober 2021, 34 Jahre später, in Ouagadougou eröffnet und Anfang April 2022 abgeschlossen.

Mit grosser Genugtuung haben wir vom Ende dieses historischen ersten Prozesses erfahren, in dem Blaise Compaoré (ursprünglich ein Weggefährte von Sankara, Anm.d.Red.), General Gilbert Diendéré und Hyacinthe Kafando, Ex-Sicherheitschef von Compaoré, zu lebenslanger Haft verurteilt wurden. Die sechsmonatige Verhandlung konnte das nationale Komplott, das Compaoré an die Macht gebracht hatte, im Wesentlichen entwirren. Der Versuch, die Wahrheit über das internationale Komplott ans Licht zu bringen, dauert noch an.

- Durch verschiedenste Manöver war versucht worden, die Arbeit der Justiz zu behindern:
- die Blockade aller Gerichtsverfahren unter dem Regime von Blaise Compaoré;
- die Kehrtwende des UN-Menschenrechtsausschusses im Jahr 2008, bei der die Tatsache ignoriert wurde, dass der Ausschuss zwei Jahre zuvor eine Untersuchung gefordert hatte;
- die Exfiltration von Blaise Compaoré (Präsident seit der Ermordung von Sankara, Anm. d. Red.) durch französische

Spezialeinheiten während des Volksaufstands von 2014, wodurch er sich der Justiz seines Landes entzogen hat;

- die Langsamkeit der französischen Behörden, die sich weigerten, geheime Dokumente herauszugeben, obwohl Präsident Emmanuel Macron dies im November 2017 in Ouagadougou versprochen hatte;
- der letzte Versuch der Verteidigung, den Prozess nach dem Staatsstreich im Januar 2022 zu unterbrechen.

Wie bereits erwähnt, stellt bereits die Durchführung des Prozesses selbst einen Sieg dar. Der Erfolg ist das Ergebnis eines jahrelangen Engagements von Bürger_inne_n, das durch den grossartigen Aufstand im Oktober 2014 vollendet wurde und in eine internationale Mobilisierung mündete. Es zeigt auch, wie wirkungsvoll Lokales, gebündelt mit globalem Engagement, sein kann; es zeigt die grosse Solidarität im Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit.

Wir danken all den unzähligen Menschen auf der ganzen Welt, die sich an der Kampagne zur Einforderung von Gerechtigkeit

Archipel

Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1848,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org